

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 80 (1983)

Heft: 11

Artikel: Sozialpolitik in der heutigen Wirtschaftslage

Autor: Meyer, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialpolitik in der heutigen Wirtschaftslage

Referat von Herrn Regierungsrat Dr. *Kurt Meyer*, Bern

Der Sozialstaat ist von der politischen Selbstverständlichkeit, die er während der Jahre der Hochkonjunktur zumindest vordergründig war, zum zentralen politischen Thema geworden. Der Sozialstaat ist «in» – allerdings nicht immer in dem Sinne, in dem Sie und ich, als im öffentlichen Sozialwesen engagierte Bürger und Behördenmitglieder, es wünschen.

Nicht selten wird die aktuelle Wirtschaftslage benutzt, um Bestand und Entwicklung unserer sozialen Einrichtungen in apokalyptischer Art in Frage zu stellen. Eine sozialpolitische Weltuntergangsstimmung wird geschürt.

Die schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge hat mich eingeladen, über «*Sozialpolitik in der heutigen Wirtschaftslage*» zu sprechen. Ich habe diese Einladung gerne angenommen, denn Sie gibt mir Gelegenheit, einige grundsätzliche Überlegungen zu diesem Thema anzustellen.

1. Zur aktuellen Wirtschaftslage

Zunächst zur internationalen Wirtschaftslage: Die Wirtschaftsprognosen weisen leicht nach oben. Dennoch hat sich die internationale wirtschaftliche Lage in den Industrieländern noch nicht entscheidend gebessert. Die Arbeitslosenquote hat sich in vielen Ländern auf einem erschreckend hohen Niveau stabilisiert: Anfangs 1983 gab es über 30 Millionen Arbeitslose in der OECD, davon allein in der BR Deutschland 2 487 000 (ca. 9 % der Erwerbsfähigen), in Frankreich 2 130 000 (9,4 %), Grossbritannien 3 225 000 (über 12 %), und in Italien 2 656 000 (ca. 12 %). Von der Dritten Welt ganz zu schweigen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zu einem gesellschaftlichen Problem ersten Ranges geworden.

Manche Länder schützen ihre angeschlagene Wirtschaft durch protektionistische Massnahmen, was den internationalen Handel hemmt. Die öffentlichen Haushalte der meisten Länder sind stark angespannt. Die Verschuldung der Dritten Welt hat ein Ausmass angenommen, welches das internationale Wirtschafts- und Zahlungsgefüge zu erschüttern droht. Hier tickt eine Zeitbombe. Ressourcenverknappung, Umweltschutz und soziale Lasten verteuern die Produktion. Gleichzeitig stagniert die private Nachfrage. Die Unternehmer entlassen Arbeiter und investieren weniger. Die Folge: die Produktionsanlagen mancher europäischen und amerikanischen Industrien sind im Vergleich beispielsweise zu Japan – Stichwort Roboter – veraltet; man denke

etwa an die europäische Stahlindustrie, an die amerikanische Automobilindustrie oder an die schweizerische Uhrenindustrie.

Es gibt aber auch Silberstreifen am Horizont:

- Die Inflation ist in vielen Ländern rückläufig. In der BR Deutschland beträgt die jährliche Inflationsrate noch 3,3 %, in Österreich 3,5 %, in Grossbritannien 4,9 %. In der Schweiz lauten die neuesten Zahlen für die Periode von April 1982 bis April 1983 4,5 %.
- Die Zinsen sind gesunken. Das für die Weltwirtschaft so wichtige amerikanische Zinsniveau ist zwar immer noch hoch, aber doch deutlich niedriger als vor Jahresfrist. In der Schweiz hat sich gemäss Auskunft der Nationalbank das durchschnittliche Hypothekarzinsniveau für Althypotheken von 5,93 im Jahresmittel 1982 auf 5,78 im laufenden Jahr verringert.
- Die Aktienbörsen haben sich belebt. So ist der Dow Jones-Index seit August 1982 unaufhaltsam geklettert, nämlich von 790 auf genau 1202 Punkte am 1. Juni 1983 (Auskunft der Chase Manhattan Bank in Zürich).

Die Indikatoren deuten an, dass die Talsohle der Rezession durchschritten sein könnte. Trotz dieser konjunkturellen Silberstreifen sollte man aber nicht übersehen, dass am Horizont noch dunkle Gewitterwolken aufziehen: die gegenwärtige Rezession ist nicht nur konjunkturell, sondern vor allem strukturell bedingt. Ich erinnere an einige strukturelle Faktoren:

- Die technologische Entwicklung – Stichwort Mikroelektronik – setzt Arbeitsplätze frei, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten für die Erneuerung der Industrie und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Nicht nur die sich abzeichnende Marktsättigung in vielen Wirtschaftssektoren der Industrieländer (etwa im Automobilmarkt, aber auch im Dienstleistungssektor), sondern auch die Umweltkrise setzt neue Grenzen des Wachstums. Täglich lesen wir von saurem Regen und Wäldersterben, von Nitrat im Salat, von Phosphat im Wasser, von Pestiziden in der Milch, von diversen Chemikalien in den Produkten der Lebensmittelindustrie, von Schwermetallen in den Böden, vom Fluorkohlenwasserstoffproblem in der Atmosphäre usw. usf.
- Eine Umwertung herkömmlicher Wertmassstäbe ist im Gang. Der Bürger ist kritischer geworden gegenüber Technik und Wirtschaft, deren Wachstum rechtfertigt sich nicht mehr aus sich selbst. Statt dessen sieht sich die Wirtschaft mit neuen Anforderungen und Erwartungen konfrontiert:
 - Höhere Lebensqualität am Arbeitsplatz
 - Arbeitszeitverkürzung
 - Flexiblere Arbeitszeitgestaltung
 - Mehr Teilzeitarbeit
 - Umweltfreundlichere Produkte und Produktionsformen
 - Stärkerer Einbezug ethischer Überlegungen in bezug auf die Auswirkung unserer Wirtschaftstätigkeit auf die Entwicklungsländer etc.

Dies sind einige Herausforderungen, die der Wirtschaft strukturelle Anpassungen abverlangen, vorausblickenden Unternehmern aber auch neue Märkte eröffnen, oder wie die Managementlehre heute sagt, «strategische Erfolgspotentiale». Nicht zuletzt eröffnen sich hier ökologisch und gesellschaftspoli-

tisch sinnvolle Wachstumsbereiche für staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme wie auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft.

Zur schweizerischen Wirtschaftslage: Konzentrieren wir uns nun auf die Schweiz. Auch hier stehen sich negative und positive Meldungen gegenüber:

- Das Bruttosozialprodukt ist 1982 real um etwa 1% zurückgegangen.
- Die Zahl der gemeldeten Ganzarbeitslosen ist vom Januar 1982, als sie 11 725 betrug, bis zu einem Höchststand von 27 864 im Januar 1983 gestiegen. Gemäss den neuesten Zahlen des Biga ist sie in der Zwischenzeit auf einen Stand von 25 922 gesunken. (Es könnte sich allerdings nur um eine saisonale Schwankung handeln.) Auch die Zahl der Teilarbeitslosen ist heute noch wesentlich höher als vor Jahresfrist: von 22 277 im Januar 1982 ist sie bis Februar 1983 auf einen Höchststand von 68 807 gestiegen, im April 1983 betrug sie noch 60 462. Besonders betroffen ist bekanntlich die Uhrenindustrie sowie die Maschinen- und Metallindustrie. Letztere ist mit 330 000 Beschäftigten der grösste industrielle Arbeitgeber unseres Landes. Über 4000 Arbeitslose und Zehntausende von Kurzarbeitenden kennzeichnen diese Branche. Ihre Bedeutung für unsere Volkswirtschaft wird ersichtlich, wenn man weiss, dass ihr Anteil an unserer Gesamtausfuhr 44% beträgt.
- Zahlreiche Betriebsschliessungen und ein starker Rückgang des Arbeitsvorrats wurden gemeldet. Für 1983 muss möglicherweise mit einem nochmaligen Rückgang der Produktion und der Zahl der Beschäftigten gerechnet werden. Neben der Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie leidet auch die Bauwirtschaft unter der Rezession: 4% geringere Bautätigkeit, 3% weniger Beschäftigte, das Auslaufen öffentlicher Aufträge und somit der Arbeitsvorräte im Tiefbausektor sowie der Rückgang des privaten Einfamilienhausbaus kennzeichnen hier das Bild.

Positiv ist anzumerken:

- Die rückläufige Inflation und das tiefere Zinsniveau verbessern die Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung. (Ich habe die entsprechenden Zahlen für die Schweiz bereits genannt.)
- Einzelne Branchen und Betriebe melden beinahe sensationell anmutende Jahresabschlüsse. Insbesondere unsere grossen Chemiekonzerne und Banken, aber auch einzelne Firmen der Maschinenindustrie, der Nahrungsmittelindustrie usw. verzeichnen Umsatz- und Ertragszunahmen, die angesichts der von Arbeitgeberseite vorgebrachten Argumente zur angeblichen Untragbarkeit der sozialen Lasten, des vollen Teuerungsausgleichs, der Arbeitszeitverkürzung und des Umweltschutzes schon beinahe peinlich wirken.
- Gesamthaft gesehen erscheint die Innovationsfähigkeit unserer Industrie ungebrochen, ihr technisches Know-How nach wie vor international konkurrenzfähig.

2. Zur aktuellen Situation unserer Sozialpolitik

Nun einige Hinweise zur aktuellen Situation unserer Sozialpolitik:

- Das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen und der Fürsorgefälle hat naturgemäss eine stärkere Belastung der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Haushalte gebracht. So sind zum Beispiel im Kanton Bern die Kosten der Armenfürsorge von 1981 auf 1982 wie folgt gestiegen (in Millionen Franken):

	1981	1982	Zunahme absolut	%
Gemeinden	21,9	26,4	+ 4,5	+ 21 %
Kanton	3,3	4,5	+ 1,2	+ 36 %
Gesamthaft	25,2	30,9	+ 5,7	+ 23 %

- Die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen bringt die sozialen Krankenkassen arg in Bedrängnis. Gemäss Pierre Gygi und Andreas Frei gaben die Schweizer im Jahre 1980 12,3 Milliarden Franken für das Gesundheitswesen aus, d. h. für sämtliche medizinischen und zahnmedizinischen Leistungen. Extrapoliert man die Wachstumsrate der jüngsten Vergangenheit (etwa 11 % pro Jahr), so kommt man für das Jahr 1982 auf etwa 15,2 Milliarden Franken. Genaue Ist-Werte liegen noch nicht vor. Von diesem Kuchen tragen die Krankenkassen rund $\frac{1}{3}$, im Jahre 1980 waren es 35,5 %. Selbstzahler und Privatversicherte bezahlen das 2. Drittel oder 34,4 %, den Rest von 26,4 % trägt die öffentliche Hand, d. h. die Gemeinden, die Kantone, der Bund, die SUVA, die IV und die Militärversicherung. Nehmen wir von diesen Kostenträgern die Krankenkassen und die SUVA heraus: die Gesamtausgaben der Krankenkassen betrugen im Jahre 1973 3,1 Milliarden Franken, 1977 4,8 Milliarden, 1980 5,7 Milliarden. Bei der SUVA lauten die entsprechenden Zahlen 1,2 Milliarden, 1,4 Milliarden bzw. 1,6 Milliarden. Die Zunahme in diesem Zeitraum beträgt also 85 % oder im Durchschnitt 12 % pro Jahr bei den Krankenkassen, während es bei der SUVA wesentlich günstiger aussieht, nämlich 31 % oder im Durchschnitt nur 4½ % pro Jahr. Dies mag unter anderem auf die straffere Kostenkontrolle der Bundesanstalt zurückzuführen sein.
- Im Kanton Bern haben sich die Aufwendungen bzw. Defizite der öffentlichen Spitäler wie folgt entwickelt (in Millionen Franken):

	Aufwand	Defizit
1974	431,8	159,1
1982	707,2	249,4
Budget 1984 *	789,9	273,4

* zugrunde gelegte Globalsteuerwerte:

Aufwand + 6 % gegenüber Budget 1983, Defizit + 4 % gegenüber Budget 1983

- Die angespannte Lage der Bundesfinanzen hat unser Parlament – zum Teil unter dem Titel der Aufgaben-Neuverteilung zwischen Bund und Kantonen – veranlasst, die Bundessubventionen an die Krankenkassen zu plafo-
nieren. Die Krankenkassen mussten und müssen deshalb ihre Prämien massiv erhöhen, wodurch vor allem die wirtschaftlich Schwächeren unserer Bevölkerung getroffen werden. Auch bei der AHV konnte der Bund seinen Anteil an den Jahresausgaben nicht wie ursprünglich geplant bis 1982 auf 25 % steigern, sondern liegt heute genau wie von 1964 bis 1975 bei 15 %.
- Die AHV und IV sind ins Rampenlicht der Diskussion gerückt. Einerseits erfüllen sie ihren verfassungsmässigen Auftrag, im Verein mit der zweiten Säule unseren Alten die Fortführung der gewohnten Lebensweise zu ermöglichen, noch nicht. Andererseits wirft die zunehmende Überalterung unserer Bevölkerung sowie die rückläufige Erwerbstätigenquote auch bei den unter 65jährigen für die längerfristige Finanzierung Fragen auf. Diese Probleme sind jedoch lösbar, solange die Produktivität steigt. Immerhin ist es erfreulich, dass kürzlich die AHV/IV-Kommission dem Bundesrat die volle Anpassung der Renten an die Entwicklung von Löhnen und Preisen (Mischindex) im Ausmass von durchschnittlich + 11,3 % beantragen konnte, ohne dass die Prämien erhöht werden müssen. Die Finanzierung der Rentenanpassung ist dank der Zunahme der beitragspflichtigen Einkommen gesichert. Die AHV-Pleite wird nicht stattfinden, weder heute noch im Jahre 2000.
- Die ausgezahlten Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenkassen haben sich wie folgt entwickelt (für Ganz- und Teilarbeitslose zusammen, in Millionen Franken):
1980 = 101,8
1981 = 123,1
1982 = 364,7 (provisorische Schätzung, enthält noch Leistungen, die dem Jahr 1981 zugerechnet werden)
Zum Vergleich Höchststand 1976: ca. 485 Millionen (Quelle: Biga).
- Im privaten Sektor ist der Abbau sozialer Errungenschaften der Arbeitnehmer teilweise in vollem Gang. Nicht zur kränkelnde Firmen sind auf den Zug aufgesprungen und haben die Rezession benutzt, um ihren Arbeitnehmern den vollen Teuerungsausgleich zu verweigern.
- Den Angestellten und Beamten der öffentlichen Hand verweigern unsere Parlamentarier wohlbegründete Teuerungsausgleichs- und Reallohnbegehren sowie eine massvolle und schrittweise Arbeitszeitverkürzung.
- Schliesslich wird der Abbau sozialer Errungenschaften mit dem Schlagwort von den angeblichen «Nivellierungstendenzen» beim Einkommen und Vermögen betrieben. Gestatten Sie mir auch hierzu noch einige Angaben: gemäss den Resultaten der offiziellen Einkommens- und Vermögensstatistik besitzt die Hälfte der Schweizerbevölkerung noch immer bloss 2 % aller vorhandenen Vermögenswerte. 10 % der Bevölkerung verfügen über $\frac{2}{3}$ des schweizerischen Gesamtvermögens, 5 % über die Hälfte und 1 % über 30 % des Gesamtvermögens. Beim Einkommen ist die Verteilung etwas gleichmässiger: 8 % aller Steuerpflichtigen verdienen rund 22 % des gesamten

Nettoeinkommens. Sie hatten im Jahre 1978 ein Jahres-Durchschnittseinkommen von Fr. 109 000.– und ein Durchschnittsvermögen von Fr. 961 000.–. Obwohl die Verteilung in den letzten Jahrzehnten ausgeglichener geworden ist, sind die Einkommens- und vor allem die Vermögensunterschiede in absoluten Grössen noch immer beträchtlich. Von einer «Nivellierung» zu sprechen, ist sicher übertrieben.

- Schliesslich noch zur Entwicklung der Sozialausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt: tatsächlich ist der Anteil der Sozialausgaben in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Im Jahre 1950 betrug die Sozialleistungsquote, wie man das Verhältnis der Sozialausgaben zum Bruttoinlandprodukt bezeichnet, in der Schweiz noch knapp 6%; 1960 waren es 7,5%, 1970 10% und 1977 16,1%. Damit rangiert die Schweiz aber noch immer am unteren Ende der europäischen Länder: in Österreich beträgt die Quote 21%, in Deutschland 23%, in Italien ebenfalls 23% und in Frankreich 26%; der westeuropäische Mittelwert liegt um 22,4%.

Gestatten Sie mir nach diesem kleinen Tour d'horizon zu aktuellen Lage nun noch *einige kritische Überlegungen* zum Spannungsverhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zunächst einmal gilt es, die Relationen nicht aus den Augen zu verlieren: trotz der starken Erhöhung der Ausgaben für Sozialleistungen und Gesundheitswesen darf man die Entwicklung nicht dramatisieren. Die Ausgaben des Schweizlers für den Privatverkehr – Infrastrukturkosten miteingerechnet – betragen noch immer ungefähr das Doppelte der Ausgaben für das Gesundheitswesen. Neben dem Gesundheitswesen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten weitere Dienstleistungsbereiche (elektronische Massenmedien, Versicherungen, Banken, Freizeitindustrie usw.) überverhältnismässig stark ausgedehnt. Der Anstieg der Aufwendungen für Gesundheitswesen und Sozialwerke widerspiegelt ausserdem auch die erfreuliche Entwicklung im Bereich der Lebenserwartung unserer Bevölkerung; je älter wir werden, desto länger beziehen wir AHV-Renten und medizinische Leistungen. Wer wollte früher sterben, um solche Kosten zu sparen? Im Gesundheitswesen schlagen sich zwei weitere erfreuliche Tatsachen nieder: erstens die Verbesserung der Anstellungsbedingungen für das Pflegepersonal in unseren Spitälern, das Anrecht auf gleichwertige soziale Bedingungen hat wie die Beschäftigten anderer Branchen und das in dieser Beziehung viel aufzuholen hatte; zweitens die Entwicklung der Medizintechnik, die uns in der Diagnostik und Therapie bedeutende Fortschritte gebracht hat – Computertomographie, Angiographie, Nuclear Magnetic Resonance-Diagnostik, Nierensteinzertrümmerung etc. Wer würde es verstehen, wenn wir diese medizintechnischen Errungenschaften nicht nutzen wollten, nachdem zum Beispiel im militärischen Bereich, also letztlich für die Vernichtung von Menschen, höchste Spitzentechnik nur gerade gut genug ist.

Lassen Sie mich nun auf das Spannungsverhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückkommen. In der öffentlichen Diskussion besteht gegenwärtig eine Tendenz, zwei *gesellschaftspolitische Eckpfeiler* unseres Landes als sich gegenseitig ausschliessende Alternativen darzustellen: die marktwirt-

schaftliche, vom Gedanken der Handels- und Gewerbefreiheit getragene Wirtschaftsordnung einerseits, ein vom Gedanken der Solidarität getragenes Netz der sozialen Sicherheit andererseits. Einige der Fakten, die ich angeführt habe, deuten aber an, dass sich die Sache nicht so einfach verhält. Die Schweiz hat bekanntlich in den Rezessionsjahren 1975/76 und nun erneut für die Jahre 1983/84 staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgelöst, die (zumindest was das erstgenannte Programm betrifft) nicht nur ein Beispiel erfolgreicher Wirtschaftsförderung darstellen, sondern auch sozialpolitisch sinnvoll sind. Das Programm von 1975/76 hat laut einem Bericht des Bundesamtes für Konjunkturfragen von 1980 die Erhaltung oder Schaffung von 48 000 Arbeitsplätzen ermöglicht. Im Rahmen solcher beschäftigungspolitischer Programme ist es auch durchaus möglich, ökologisch sinnvolle Projekte zu fördern. Es kann also etwas nicht stimmen, wenn man uns glauben machen will, unsere Sozialpolitik sei eine Fessel am Bein der Wirtschaftshenne, die uns die (gar nicht immer so) goldenen Eier unseres Wohlstandes legt.

Die Charakterisierung sozialer Errungenschaften als Ballast und Hemmschuh des marktwirtschaftlichen Systems ist aber nicht nur wegen der Verkehrung von Mitteln und Zwecken bedenklich, sie ist auch historisch gesehen falsch. Historisch gesehen sind die sozialen Errungenschaften, von den ersten Arbeiterschutzgesetzen der industriellen Revolution bis zur sozialen Sicherheit der Gegenwart, nicht Ballast, sondern notwendige Stütze, ja Überlebensgarant des marktwirtschaftlichen Systems. Ihnen ist es weitgehend zuzuschreiben, dass das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System, entgegen der apokalyptischen Prognose von Karl Marx, überlebt und zumindest in den westlichen Industrieländern ein hohes Konsumniveau ermöglicht hat, wenngleich zu hohen Folgekosten:

- Umweltverschmutzung
- Überwälzung sozialer Kosten auf kommende Generationen
- Entwicklungsländerproblem, hohes Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich, «Zentrum» und «Peripherie» der Weltwirtschaft
- mangelnde Demokratie in der Wirtschaft, immer grösserer Stress unseres Arbeitslebens usw. (Die Menschen vieler ärmerer Länder verdienen, um zu leben; wir Schweizer leben offenbar, um zu verdienen!)

Soll der Staat die «*Rahmenbedingungen*» für die Wirtschaft verbessern, wie es heute allgemein für nötig gehalten wird, so darf er die Sozialpolitik nicht ausschliessen. Das gilt auch für die Umweltpolitik: gute Wirtschaftspolitik kann doch nicht ihre eigene Grundlage zerstören, nämlich eine gesunde Gesellschaft in einer gesunden und lebenswerten Umwelt! Adäquate «*Rahmenbedingungen*» müssen also den Solidaritätsgedanken in mindestens dreifachem Sinne einschliessen:

- a) *Solidarität im Innern*: zwischen den Menschen unserer Gesellschaft, also zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zwischen den verschiedenen Bevölkerungs- und Sprachgruppen unseres Landes, zwischen Gemeinwesen auf Gemeinde- und Kantonsebene etc.;
- b) *Solidarität unserer wohlhabenden Gesellschaft als Ganzes nach aussen*: d. h. mit unseren Nachbarstaaten und vor allem auch mit den Entwicklungs-

und Schwellenländern, von denen unser künftiges Wohlergehen ebenso abhängt wie das Ihre von uns; und

- c) schliesslich auch die *Solidarität zwischen den Menschen und der Natur*: sie ist der wichtigste Kapitalstock unserer Wirtschaft. Ihre Zerstörung ist nicht nur ethisch unverantwortbar gegenüber künftigen Generationen, sie ist auch ökonomisch unsinnig!

Soziale Sicherheit im Innern – Solidarität nach aussen (also Friedenssicherung und Entwicklungszusammenarbeit) – Sicherung der Ressourcen und der Qualität unserer natürlichen Umwelt – diese drei Stichworte sind notwendige Elemente zeitgemässer Rahmenbedingungen.

Aber: unsere Sozialwerke sind keine heiligen Kühe. Wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, ist es wichtig, dass wir sie permanent kritisch überdenken und die vorhandenen Mittel gezielter und effizienter einzusetzen versuchen. So kann die Kritik am «Giesskannenprinzip» bei der Verteilung von Sozialleistungen durchaus ihre Berechtigung haben. Richtig ist auch, dass nur verteilt werden kann, was zunächst erarbeitet wird, und dass wir daher Sorge tragen müssen, das berühmte Fuder nicht zu überlasten. Meine Kritik wendet sich also nicht gegen kritisches Nachdenken über unsere sozialen Errungenschaften, sondern gegen deren unbedachten Abbau aus kurzfristigem Opportunismus. Es ist nicht in Zeiten der Hochkonjunktur, sondern in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession, dass sich unsere Sozialwerke bewähren müssen. Sie sind kein Regenschirm, den man sich ausleiht, um ihn dann abzugeben, wenn es regnet. Gerade jetzt, da die Wirtschaft die sozialen Lasten stärker spürt als auch schon, und da die öffentlichen Finanzhaushalte angespannt sind, müssen wir die soziale Sicherheit, derer wir uns in den fetten Jahren gerühmt haben, praktizieren. Das tun wir nicht, indem wir soziale Errungenschaften abbauen, sondern indem wir die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen. Der Sozialstaat darf sich jetzt nicht aus dem Staube machen. Er darf jetzt nicht desertieren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine kurze *Synthese* versuchen: was können und sollen wir tun? Zunächst einmal möchte ich sagen, was wir *nicht* tun dürfen:

- Wir sollten nicht soziale Errungenschaften unserer Gesellschaft unbedacht abbauen, aus kurzfristigem Opportunismus heraus. Was not tut, ist vielmehr gründliches Nachdenken über die Schwächen und den weiteren Ausbau unserer Sozialwerke.
- Politiker und Behörden auf allen Ebenen sollten der Versuchung widerstehen, bestehende Probleme und Lasten gemäss St. Florian einfach weiterzugeben, anstatt sie zu lösen. Die blosser Verlagerung von Kosten, sei es nun vom Bund auf die Kantone, von den Krankenkassen auf die Prämienzahler usw., bedeutet keine echte Einsparung. Die schweizerische Sozialpolitik darf nicht zum Verschiebebahnhof werden.

Was not tut:

- Statt Leistungen abbauen sollten wir unsere Sozialwerke stärken, indem wir die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen. Einige Stichworte hierzu:
 - Interkommunale Zusammenarbeit

- Ausschöpfen der sozialen Ressourcen (Frauen über 40 wiederingliedern in soziale Berufe)
- Wir müssen manchmal auch Nein sagen können
- Planung.
- Mehr systemisches – d. h. ganzheitliches – Denken tut not: anstatt sich die Probleme und Lasten weiterzureichen, d. h. auf partielle optische Retou-chen hinzuarbeiten, muss das ganze System der sozialen Sicherheit über-prüft werden. Die vorhandenen Steuerungsdefizite müssen überwunden werden. Besinnung auf Grundsätzliches ist nötig.
- An der Kostenfront im Gesundheits- und Fürsorgewesen gilt es, neue For-men dezentralisierter, ambulanter, kostengünstiger Dienste zu finden. Dabei dürfen wir auch ruhig einmal über die Grenzen sehen und prüfen, wie jene Länder, denen es nicht so gut geht wie uns, ihre Bevölkerung trotz-dem mit medizinischen und sozialen Leistungen versorgen. Es müssen ja nicht gerade unbedingt die «Barfussdoktoren» des chinesischen Gesund-heitswesens sein. Ganz bestimmt gibt es noch viele Möglichkeiten, um die Entstehung sozialer und gesundheitlicher Probleme zu verhindern bzw. sie effizienter zu lösen. Nicht zuletzt denke ich hier – und damit möchte ich schliessen – auch an vermehrte Anstrengungen, unsere Bevölkerung und insbesondere unsere Jungen zu mehr Eigenverantwortung und zu Solidari-tät zu erziehen. Wie hat doch schon der griechische Philosoph Plato gesagt: «Durch Erziehung wird der Mensch erst wahrhaftig Mensch.» Und darum geht es in der Sozialpolitik ja letztlich: unsere Gesellschaft etwas men-schengerechter – d. h. menschlicher und gerechter – zu machen, als es unsere marktwirtschaftliche Ordnung allein kann.